

## **Beschluss (vorläufig)** Klimakrise: eine Frage globaler Gerechtigkeit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 17.11.2019  
Tagesordnungspunkt: WKf Wirtschaft, Klima, Finanzen

### **Antragstext**

- 1 Die Klimakrise führt zu einschneidenden Veränderungen in der Welt – schon heute. Für
- 2 Millionen von Menschen weltweit ist die Erderwärmung längst kein theoretisches
- 3 Phänomen
- 4 mehr. Tagtäglich erleben sie die Zerstörung ihrer Gegenwart. Klimakrise bedeutet für
- 5 sie
- 6 Wüstenbildung, Ernteverlust, Versalzung der Böden, Wasserknappheit,
- 7 Überschwemmung oder
- 8 Hitzewelle. Extreme Wetterereignisse nehmen zu, Ökosysteme und Lebensgrundlagen
- 9 werden
- 10 zerstört, Hunger und Armut verschärft.
- 11 Klimakrise, das ist aber auch der unermessliche Verlust von sicherem Zuhause, von
- 12 Heimat,
- 13 von jahrtausendealten Kulturgütern. Die Zahl der Vertriebenen durch klimabedingte
- 14 Ereignisse
- 15 hat sich seit den 70er-Jahren vervierfacht. Heute werden innerstaatlich mehr Menschen
- 16 durch
- 17 umweltbedingte Katastrophen wie Fluten und Stürme als durch Gewalt und Konflikte
- 18 vertrieben.
- 19 Das Internal Displacement Monitoring Centre geht in der Zeit von 2008 bis 2017 von
- 20 durchschnittlich mehr als 24 Millionen erstmals Vertriebenen pro Jahr aus. Tendenz:
- 21 steigend.
- 22 Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 und der
- 23 Verabschiedung des
- 24 Regelbuchs in Kattowitz hat die Staatengemeinschaft die Klimakrise als gemeinsame,
- 25 globale
- 26 Herausforderung anerkannt und sich darauf verständigt, die Erderwärmung auf unter
- 27 zwei Grad
- 28 Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius bis 2100 zu beschränken. Expert\*innen
- 29 zufolge
- 30 befinden wir uns momentan auf dem Weg hin zu einer Erderwärmung von mindestens
- 31 3,2 Grad
- 32 gegenüber vorindustrieller Zeit. Zahlreiche Schätzungen liegen deutlich höher. Bereits
- 33 zwei
- 34 Grad Erderwärmung würden derweil ausreichen, um ganze Staaten wie das im Pazifik
- 35 liegende
- 36 Tuvalu komplett verschwinden zu lassen.
- 37 Als – historisch wie aktuell – Hauptmitverursacher der Erderwärmung und als weltweit
- 38 einflussreiche Multiplikatoren kommt es vor diesem Hintergrund ganz entscheidend auf
- 39 Deutschland und die Europäische Union an. Die eigene, ambitionierte Umsetzung des
- 40 Pariser
- 41 Klimaabkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung müssen oberste

Priorität

26 erlangen. Wir müssen mit bestem Beispiel vorangehen, internationaler Vorreiter im  
27 Klimaschutz werden und die globale Nachhaltigkeitsagenda spürbar beschleunigen. Das  
jüngst  
28 verabschiedete, völlig unzureichende „Klimapaket“ und der erschreckende Mangel  
greifbarer  
29 Ergebnisse im Rahmen des letzten High Level Political Forum zur Umsetzung der  
nachhaltigen  
30 Entwicklungsziele haben erneut gezeigt: Die aktuelle Bundesregierung wird dem nicht  
31 ansatzweise gerecht.

32 Dabei wird das Zeitfenster, in dem wir noch gegensteuern können, um die schlimmsten  
Folgen  
33 der Klimakrise abzumildern, bedrohlich klein. Wir bleiben deshalb dabei: Deutschland  
muss  
34 eine umfassende Kehrtwende in allen Sektoren einleiten, ein besonderes Augenmerk  
auf  
35 Politikkohärenz und strukturelle Reformen legen – und auf den Kurs zur Einhaltung der  
36 Pariser Klimaziele und der Nachhaltigkeitsziele einlenken.

37 Selbst im besten Fall aber – wenn also die Emissionen drastisch reduziert werden  
sollten –  
38 werden weiterhin und vermehrt Menschen im Kontext der Klimakrise ihr bisheriges  
Zuhause  
39 verlassen müssen, um überleben zu können. Entsprechend ist und bleibt es zwar  
40 selbstverständlich unsere Priorität, die Klimakrise mit allen Mitteln einzudämmen und  
dafür  
41 zu sorgen, dass möglichst wenige Menschen ihre bisherige Heimat überhaupt verlassen  
müssen.  
42 Letzten Endes ist es aber auch unsere Aufgabe und Verantwortung als Industriestaaten,  
eine  
43 Antwort auf die Phänomene klimabedingter Migration und Flucht zu geben.

44 **Global gerecht handeln, Menschenrechte schützen**

45 In vielfacher Hinsicht ist die Klimakrise eine Krise der globalen Gerechtigkeit: Während  
46 sich auch bei uns die extremen Wetterereignisse verdichten, trifft die Klimakrise in  
erster  
47 Linie den globalen Süden – und damit just jene Regionen dieses Planeten, die historisch  
48 betrachtet am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. In den betroffenen  
Regionen  
49 wiederum sind besonders jene betroffen, deren Existenz auf natürlichen Ressourcen  
beruht und  
50 die die geringsten Möglichkeiten haben, sich vor Naturgefahren zu schützen oder auf  
51 klimatische Veränderungen zu reagieren: Frauen, Kinder, Minderheiten.

52 Dabei wirkt die Klimakrise nicht nur unmittelbar auf die Lebensrealität vor Ort ein,  
sondern  
53 verschärft bereits bestehende Probleme zum Teil erheblich. Konflikte um immer  
knappere  
54 Ressourcen nehmen zu. Elementare Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung,  
Wasser, Wohnen,

55 Bildung, Gesundheit, eine saubere Umwelt und ein Leben in Würde – Menschenrechte  
56 also, die  
57 im globalen Süden ohnehin unter besonderem Druck stehen – werden infolge der  
58 Klimakrise  
59 zunehmend verletzt.  
60 Der klimapolitische Stillstand der Industrienationen ist somit auch deshalb nicht weiter  
61 hinnehmbar, da der Status Quo zu einer steten Verletzung universeller Menschenrechte  
62 in  
63 anderen Teilen der Welt führt. Im Umkehrschluss sind die konsequente, gender-  
64 responsive und  
65 inklusive Umsetzung des Pariser Klimaabkommens und der Agenda 2030 für  
66 nachhaltige  
67 Entwicklung nicht nur klima- oder entwicklungspolitisch geboten – sondern Ausdruck  
68 historischer Verantwortung, globaler Gerechtigkeit und des Menschenrechtsschutzes  
69 zugleich.  
70 Mit dem Pariser Klimaabkommen haben wir uns dem Ziel der Klimagerechtigkeit  
71 verpflichtet.  
72 Auf Grundlage „gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortlichkeiten“ wurde  
73 vereinbart,  
74 dass Länder mit großem ökologischem Fußabdruck entsprechend Verantwortung  
75 übernehmen und mit  
76 den Ländern des globalen Südens nach gemeinsamen Lösungen suchen. Die  
77 konsequente  
78 Implementierung der vereinbarten Maßnahmen ist also bei Weitem kein Almosen.  
79 Vielmehr stehen  
80 wir – historisch, aber auch vertraglich – in der Verantwortung für Weltzusammenhänge,  
81 die  
82 wir mitverursacht haben und weiterhin mit verursachen.  
83 Das bedeutet dann auch, aktiv die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte  
84 einzufordern  
85 und zu verteidigen. Beides nämlich – der Schutz der Menschenrechte und der Einsatz  
86 gegen die  
87 Klimakrise – sind zwei Seiten derselben Medaille, führt die Klimakrise doch ebenso zu  
88 Menschenrechtsverletzungen wie letztere die Anpassung an die Klimakrise erschweren.  
89 Die  
90 Kriminalisierung von Menschen- und nicht zuletzt Frauenrechtsverteidiger\*innen  
91 weltweit  
92 erfordert eine gleichsam deutliche und spürbare Reaktion der internationalen  
93 Staatengemeinschaft wie die systematische Verfolgung der derzeit besonders  
94 gefährdeten  
95 Landrechts- und Umweltaktivist\*innen.  
96 Natürlicherweise kommt vor diesem Hintergrund dem UN-Menschenrechtsrat sowie  
97 bestehenden UN-  
98 Sonderberichterstatter\*innen – für Umwelt und Menschenrechte, für die  
99 Menschenrechte von  
100 Migrant\*innen, für die Menschenrechte von Binnenvertriebenen – eine entscheidende  
101 Rolle zu.  
102 Wir setzen uns dafür ein, dass Menschenrechtsverstöße im Kontext der Klimakrise nicht

83 zuletzt auf UN-Ebene noch sehr viel stärker in den Fokus rücken, genauer klassifiziert  
84 und  
85 menschenrechtliche Entwicklungen im Kontext klimabedingter Migration und Flucht  
86 gezielter  
87 beobachtet werden.

86 Zugleich setzen wir uns für eine völkerrechtliche Verankerung der UN-Leitprinzipien für  
87 Wirtschaft und Menschenrechte ein. Der bisherige Ansatz, auf unternehmerische  
88 Selbstverpflichtung zu setzen, ist gescheitert. Eine wirksame Ausrichtung globaler  
89 Produktions- und Lieferprozesse auf die strikte Einhaltung der völkerrechtlich  
90 verbrieften  
91 Menschenrechte – inklusive der Menschenrechte dritter Generation, insbesondere des  
92 Rechts  
93 auf eine saubere Umwelt – setzt ein verbindliches UN-Rahmenwerk voraus. Vor diesem  
94 Hintergrund bietet insbesondere der Binding-Treaty-Prozess auf Ebene der Vereinten  
95 Nationen  
96 die konkrete Chance, ein globales und rechtsverbindliches Abkommen zu erreichen.  
97 Diesen  
98 Prozess wollen wir unterstützen.

### 95 **Resilienzaufbau und Anpassungsmaßnahmen verstärken, Schäden und Verluste kompensieren**

96 Mit dem Pariser Klimaabkommen und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung  
97 haben sich  
98 Deutschland und andere Industrienationen dazu verpflichtet, die Gefahren für die  
99 verletzlichsten Menschen abzuwenden und deren Widerstandskraft gegen die  
100 Erderwärmung  
101 stärken zu helfen. Das bedeutet, von der Klimakrise besonders betroffene Länder  
102 technisch  
103 wie finanziell zu unterstützen und sie nicht mit den Folgen der Erderwärmung allein zu  
104 lassen. Deutschland und die Europäische Union sollten sich international dafür stark  
105 machen,  
106 dass den vom Klimawandel betroffenen Menschen in ihren Heimatländern eine  
107 umfangreiche  
108 internationale Unterstützung zur Anpassung an den Klimawandel und eine gerechte  
109 Kompensation  
110 für entstandene Schäden zukommt.

105 Die für die internationale Klimafinanzierung von den Industrieländern in Kopenhagen  
106 zugesagten 100 Milliarden US-Dollar jährlich ab 2020 decken nicht annähernd die  
107 bestehenden  
108 und zu erwartenden Bedarfe – umso mehr, als ausdrücklich nur Klimaschutz- und  
109 Anpassungsmaßnahmen inbegriffen sind, der Ausgleich von Schäden und Verlusten  
110 (Loss and  
111 Damage) aber nicht. Wir setzen uns dafür ein, dass die 100 Milliarden US-Dollar nicht  
112 nur  
113 sichergestellt, sondern aufgestockt werden, explizit auch für Maßnahmen zur  
114 Prävention und  
115 Reduktion klimabedingter Vertreibung. Den deutschen Beitrag zur internationalen  
116 Klimafinanzierung wollen wir dabei gemäß Verursacherprinzip auf den fairen Anteil von  
117 rund  
118 zehn Prozent anheben und aus öffentlichen Mitteln erbringen, mit denen dann auch

weitere  
114 private Mittel mobilisiert werden können. Vor diesem Hintergrund plädieren wir dafür,  
die  
115 Ausgaben für internationale Klimafinanzierung um jährlich 800 Millionen Euro sowie die  
116 weiteren Ausgaben für offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) um jährlich 1,2  
Milliarden  
117 Euro zu erhöhen, bis das jahrzehntealte Versprechen, mindestens 0,7 Prozent der  
118 Wirtschaftsleistung für globale Entwicklung auszugeben, endlich erfüllt ist. Danach  
wollen  
119 wir die Klimagelder weiter anwachsen lassen mit dem Ziel, die Zusätzlichkeit der  
Zusagen zur  
120 internationalen Klimafinanzierung gegenüber dem 0,7-Prozent-Ziel mittelfristig  
121 sicherzustellen. Wir richten diese Gelder strikt an den nachhaltigen Entwicklungszielen  
der  
122 Vereinten Nationen aus.

123 Zum Ausgleich von Schäden und Verlusten – zum Beispiel auch bei Umsiedlungen im  
Rahmen  
124 klimabedingter Migrationsbewegungen – unterstützen wir die Idee eines globalen  
125 Verursacherfonds zur fairen Lastenverteilung. Vorschläge einschlägiger Expert\*innen zu  
126 dessen teilweisen Finanzierung reichen von einer Climate Damages Tax über eine  
international  
127 erhobene Abgabe auf Flugtickets bis hin zum anteiligen Ertrag aus Steuern auf CO<sub>2</sub>,  
128 Finanztransaktionen oder Vermögen. Entsprechende Debatten gehen nur schleppend  
voran; auch  
129 die Bundesregierung agiert, gemessen an der tatsächlichen Dringlichkeit, sträflich  
130 zurückhaltend. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass sich Deutschland proaktiv an  
einer  
131 zielgerichteten Debatte über die Einrichtung eines globalen Verursacherfonds, über  
dessen  
132 Ausmaß, über eine Beitragsgewichtung gemäß Verursacherprinzip sowie über mögliche  
133 Finanzierungsinstrumente beteiligt. Spürbarer Fortschritt auf diesem komplexen Gebiet  
ist  
134 überfällig und dürfte entscheidend sein für die Frage, ob wir es als internationale  
135 Staatengemeinschaft schaffen, die Erderwärmung nicht nur drastisch einzudämmen,  
sondern  
136 unsere globale Antwort auf die Klimakrise solidarisch und gerecht auszugestalten.

137 Ebenso wird es darauf ankommen, effektiven Rechtsschutz für diejenigen zu  
ermöglichen, die  
138 durch die Folgen der Klimakrise konkrete Schäden und Verluste erleiden –  
insbesondere,  
139 solange die Verursacherstaaten selbst keine ausreichenden finanziellen Mittel für den  
Umgang  
140 mit Loss and Damage zur Verfügung stellen. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung  
des  
141 Rechtswegs und des Instruments der Klimaklagen ein. Auch wollen wir die Debatte um  
142 Klimarisikoversicherungen aktiv vorantreiben und dazu beitragen, diese gemäß  
143 Verursacherprinzip auszugestalten und in ein breiteres Konzept zur Risikominimierung  
144 einzubetten.

145 Schließlich wollen wir im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer  
Hilfe  
146 gezielt Risikoregionen auf klimatische Veränderungen und den Katastrophenfall  
vorbereiten  
147 helfen. Unter anderem wollen wir in Frühwarnsysteme investieren und Partnerländer  
dabei  
148 unterstützen, die Schaffung eines erhöhten Bewusstseins für umwelt- und  
klimapolitische  
149 Belange im Bildungs- und Ausbildungswesen voranzutreiben. Außerdem setzen wir uns  
dafür ein,  
150 dass Maßnahmen zur Risikominderung in den jeweiligen nationalen Systemen verankert  
und mit  
151 wirksamen Rechtsvorschriften untermauert werden.

### 152 **Migration, Flucht und Vertreibung im Kontext der Klimakrise**

153 Selbst, wenn wir es schaffen sollten, die Ziele von Paris vollumfänglich einzuhalten,  
bleibt  
154 die Erderwärmung eine Realität. Menschen werden gezwungen sein, umzusiedeln – weil  
ihr Boden  
155 vertrocknet, weil durch den steigenden Meeresspiegel ihre Häuser unterspült werden,  
weil der  
156 nahegelegene Staudamm unter der Last der schmelzenden Gletscher zu bersten droht.  
Die  
157 Internationale Organisation für Migration (IOM) definiert klimabedingte Migrant\*innen  
vor  
158 diesem Hintergrund als „Personen oder Personengruppe, die aufgrund plötzlicher oder  
159 fortschreitender deutlicher Veränderungen der ihr Leben beeinflussenden Umwelt- und  
160 Lebensbedingungen gezwungen sind oder sich veranlasst sehen, ihre Heimat zu  
verlassen, sei  
161 es zeitweise oder permanent, und die sich innerhalb ihres Heimatlandes oder über  
dessen  
162 Grenzen hinaus bewegen“.

163 Wie viele Menschen letztlich betroffen sein werden, ist schwer zu erfassen. Aktuelle  
164 Schätzungen variieren stark. Denn erstens wissen wir nicht, wie hoch die  
Erderwärmung  
165 letztlich ausfallen wird. Zweitens hängt vieles davon ab, wie verletzlich Menschen im  
166 jeweiligen Einzelfall gegenüber Klimaveränderungen sind – und wie gut sie sich daran  
167 anpassen können. Drittens erfolgt Migration, so es denn tatsächlich dazu kommt, in den  
168 seltensten Fällen aus nur einem, trennscharf zu ermittelndem Grund. Persönliche  
Erwägungen,  
169 Umweltaspekte und die Klimakrise stehen in einem komplexen Verhältnis zueinander.  
Umwelt-  
170 und Klimaveränderungen verlaufen oft schleichend, was die Ermittlung einer konkreten  
171 Kausalität weiter erschwert. Und es muss auch nicht jede Entscheidung, sein Zuhause  
zu  
172 verlassen, endgültig sein. Kurzum: Klimabedingte Migration ist ein komplexer Prozess.  
173 Entsprechend unterschiedlich sind aktuelle Modellrechnungen. Die jüngste Studie des  
UN-  
174 Klimarats (IPCC) geht davon aus, dass selbst beim Erreichen des zwei-Grad-Ziels bis

zum Jahr  
175 2050 bis zu 280 Millionen Menschen vertrieben werden, innerhalb ihres jeweiligen  
Landes und  
176 über die Grenzen hinaus. Die Weltbank wiederum geht in ihrer Groundswell-Studie aus  
dem Jahr  
177 2018 von einem Szenario von 140 Millionen klimabedingt Vertriebenen allein in Sub-  
Sahara-  
178 Afrika, Südasien und Südamerika bis 2050 aus. Allerdings legt sie auch dar, dass circa  
80  
179 Prozent der Vertreibung durch ambitionierte Minderung und Anpassung vermeidbar  
sein. In  
180 jedem Fall wird es darauf ankommen, die bestehenden Datenlücken auf dem Gebiet der  
  
181 klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung bestmöglich zu schließen und  
entsprechende  
182 Forschungsvorhaben zu unterstützen – gerade auch mit Blick auf komplexe Phänomene  
wie  
183 Migrationsbewegungen infolge schleichender Umweltveränderungen. Dafür machen wir  
uns stark.  
  
184 Gleichzeitig gibt es Situationen, die sich deutlich klarer darstellen lassen. Insbesondere  
185 die Bewohner\*innen tiefergelegener Inselstaaten, vor allem im Pazifik, sind mit der  
186 Notwendigkeit einer mittelfristigen Umsiedlung sehr direkt konfrontiert. Erderwärmung  
187 bedeutet für sie nicht nur den Verlust von materiellen Gütern und Staatsgebiet,  
womöglich  
188 gar von de facto oder de jure Staatsangehörigkeit; die Klimakrise wird mit allerhöchster  
189 Wahrscheinlichkeit auch hohe finanzielle Kosten verursachen – und die Aufgabe von  
heiligem  
190 Land und traditioneller Lebensweise, von Kultur und Souveränität bewirken. All das gilt  
es,  
191 frühzeitig und planbar anzugehen. Das Unvermeidbare wird nicht vermieden werden,  
indem wir  
192 uns einer vorausschauenden Reaktion verweigern.  
  
193 Die Unterscheidung und Analyse unterschiedlicher Formen klimawandelbedingter  
194 Wanderungsbewegungen jedenfalls sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass wir  
adäquate  
195 Instrumente und Politiken entwerfen. Insbesondere wird es darauf ankommen, dass wir  
196 Möglichkeiten vorausschauender Planung für die Betroffenen schaffen; dass diese also  
197 selbstbestimmt und frühzeitig über eine mögliche Umsiedlung entscheiden können;  
dass es aber  
198 auch Orte gibt, an denen sie sich niederlassen können. Andererseits wird es natürlich  
auch  
199 zu Situationen plötzlicher Flucht im Kontext der Klimakrise kommen, nach Stürmen oder  
  
200 Überschwemmungen zum Beispiel – die erwiesenermaßen durch die Klimakrise  
verstärkt oder  
201 beschleunigt werden.  
  
202 Erste konkrete Fallbeispiele unterstreichen vor diesem Hintergrund die Komplexität und  
203 Vielschichtigkeit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung. In Äthiopien  
204 beispielsweise spricht das Auswärtige Amt von fast drei Millionen Binnenvertriebenen.  
205 Darunter seien nach Schätzungen rund eine halbe Million aufgrund von klimatischen

Faktoren,  
206 primär infolge anhaltender Dürre geflohen. Andere Expert\*innen gehen hingegen von  
circa 1,4  
207 Millionen Menschen aus, die im Kontext der Klimakrise vertrieben wurden.

208 In jedem Fall wirkt die Klimakrise in Äthiopien wie ein Multiplikator bereits bestehender  
209 Probleme und Konflikte; sie interagiert mit anderen Faktoren auf vielfache Weise und  
führt  
210 zu wechselseitiger Verstärkung. Nichtstun ist keine Option. Die internationale  
Gemeinschaft,  
211 allen voran die Industriestaaten müssen Antworten finden auf Fragen von  
Verantwortlichkeit  
212 und Schutzbedarfen, von globaler Gerechtigkeit, von völkerrechtlichen  
Handlungsoptionen. Wir  
213 wollen uns dieser Mammutaufgabe stellen.

214 **Bestehende internationale Prozesse unterstützen, Ownership und  
Koordinierung sicherstellen**

215 Im Bereich der klimabedingten Migration, Flucht und Vertreibung bestehen international  
216 bereits unterschiedlichste politische Prozesse, Plattformen und Mechanismen. Innerhalb  
der  
217 internationalen Klimaarchitektur gibt es den Warschau-Mechanismus für Verluste und  
Schäden,  
218 der im Rahmen der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) eine Taskforce on Displacement  
eingerrichtet  
219 hat. Diese hat erste Empfehlungen schon vorgelegt. Ein Mitglied der Taskforce  
wiederum ist  
220 die Platform on Disaster Displacement als eine staatsgeleitete Plattform mit Sitz in  
Genf,  
221 die mit verschiedenen Stakeholdergruppen mögliche Lösungsansätze im Bottom-up-  
Verfahren  
222 entwickelt sowie zur Verbesserung der globalen Datenlage und -analyse beiträgt. Sie  
hat sich  
223 insbesondere der Förderung des Austauschs bestehender guter Praktiken zwischen  
beteiligten  
224 Staaten und Akteur\*innen verschrieben, die Katastrophenvertriebenen bereits seit  
Jahren  
225 freiwillig und basierend auf solidarisch-humanitären Erwägungen grenzüberschreitend  
Aufnahme  
226 und Schutz gewähren. Dabei treibt die Plattform die Umsetzung der Empfehlungen der  
Agenda  
227 for the Protection of Cross-Border Displaced Persons in the Context of Disaster and  
Climate  
228 Change, also der Nansen-Schutzagenda international voran und setzt sich  
beispielsweise dafür  
229 ein, dass deren Ansätze in internationalen Verträgen verankert werden.

230 Wir werten es als großen Fortschritt, dass im Dezember 2018 der Komplex  
klimabedingter  
231 Migration, Flucht und Vertreibung im Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre  
232 Migration sowie im Globalen Pakt für Flüchtlinge aufgenommen wurde.



Bedauerlicherweise

233 bleibt die Umsetzung dieser Vereinbarungen für die Vertragsstaaten nur freiwillig, der  
234 internationale Wille dazu zögerlich. Wir sprechen uns für eine konsequente  
Implementierung  
235 und eine angemessene finanzielle wie strukturelle Unterstützung auch durch die  
deutsche  
236 Bundesregierung aus.

237 Eines jedenfalls ist offenkundig: Es wird den einen großen internationalen Wurf zum  
Umgang  
238 mit klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung auf absehbare Zeit nicht geben.  
Wir  
239 machen uns deshalb dafür stark, dass Deutschland bestehende Arbeitsprozesse nach  
Kräften  
240 politisch und finanziell unterstützt, sich gegenüber anderen Staaten insbesondere aus  
dem  
241 Kreis der Industrieländer für diese Prozesse einsetzt, deren enge Anbindung an  
242 Zivilgesellschaft und Forschung sicherstellt sowie gemeinsam mit möglichst vielen  
weiteren  
243 Staaten bislang erarbeitete Empfehlungen und bestehende effektive Praktiken  
tatsächlich auch  
244 umsetzt. Unter anderem wollen wir die Empfehlungen aus dem Globalen Pakt für  
sichere,  
245 geordnete und reguläre Migration sowie dem Globalen Pakt für Flüchtlinge auf  
nationaler wie  
246 europäischer Ebene vorantreiben. Auch die Empfehlungen der Taskforce on  
Displacement wollen  
247 wir aufgreifen und in nationale wie europäische Politik integrieren.

248 Sämtliche Projekte und Politiken zum Schutz von klimabedingt Vertriebenen müssen  
dabei einem  
249 menschenrechtsbasierten, partizipativen Ansatz folgen und die Rechte der besonders  
250 verletzlichen Menschen sicherstellen. Gerade weil Frauen und Mädchen, marginalisierte  
251 Gruppen und nicht zuletzt Indigene auf besondere Weise von der Klimakrise betroffen  
sind,  
252 wollen wir ihnen eine Schlüsselfunktion in der Bewältigung zukommen lassen. Durch  
ihre  
253 Lebenssituation sind sie oft die Ersten, die sich anpassen müssen, entwickeln das  
254 entsprechende Wissen und Können – was sie zu Expert\*innen und Gestalter\*innen eines  
255 nachhaltigen Wandels werden lässt.

256 Auf dem Weg hin zu Lösungsansätzen ist auch die Selbstbestimmung der betroffenen  
Staaten  
257 essentiell. Der überwiegende Teil klimabedingter Migration, Flucht und Vertreibung  
findet  
258 jeweils innerhalb eines betroffenen Landes oder in der Region statt. Umso zentraler  
wird es  
259 sein, alle Debatten und Verhandlungen über eine vorausschauende und planbare  
Umsiedlung,  
260 über Versorgung und Integration, über regionale Lösungsansätze und Mechanismen  
gemeinsam mit

261 den Betroffenen zu führen, Ownership sicherzustellen und die notwendige Finanzierung  
262 gemeinsam zu garantieren.

263 Zugleich finden auch innerhalb und zwischen den einzelnen Arbeitsprozessen  
264 grundlegende Überlegungen statt, wie sich die vielen Multi-Stakeholder-Prozesse auf den  
265 unterschiedlichen Ebenen noch kohärenter koordinieren ließen. Dieses Ansinnen unterstützen wir  
266 ausdrücklich.

267 Nicht etwa im Widerspruch zum bestehenden Bottom-up-Ansatz; auch nicht, um  
268 einzelne Initiativen institutionell zu binden; sehr wohl aber mit dem Ziel, dem Bereich  
269 klimabedingter Vertreibung die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen sowie  
270 perspektivisch internationales Engagement und staatliche Verbindlichkeit auf Ebene aller  
271 Unterzeichnerstaaten der UN-Klimarahmenkonvention zu steigern. Vor diesem  
272 Hintergrund machen wir uns dafür stark, die Themenkomplexe „Schäden und Verluste“ sowie „klimabedingte  
273 Migration, Flucht und Vertreibung“ – und damit die Arbeit der Taskforce on  
274 Displacement im Rahmen der UNFCCC-Architektur – systematisch und in angemessenem Umfang auf der  
275 Tagesordnung der jährlichen UN-Klimakonferenzen zu verankern. Auch unterstützen wir die unter  
276 anderem von der Plattform on Disaster Displacement geäußerte Idee, die Koordinierung innerhalb der  
277 Vereinten Nationen sowie zwischen deren Agenturen zusätzlich durch die Einberufung  
278 eines Sonderbeauftragten (Special Representative) beziehungsweise eines Sonderberaters  
279 (Special Advisor) für klimabedingte Migration, Flucht und Vertreibung in der Struktur des UN-  
280 Generalsekretariats zu verbessern.

### 280 **Klimabedingte Migration: sicher, selbstbestimmt, planbar**

281 Der Umgang mit Migration wird in Zeiten der Klimakrise zu einem ethischen Prüfstein  
282 für die internationale Staatengemeinschaft. Was für Migration im Allgemeinen gilt, gilt auch im  
283 Kontext der Klimakrise: Wir müssen Wege eröffnen, klimabedingte Migration sicher,  
284 selbstbestimmt und möglichst planbar zu gestalten. Ganz im Sinne von Artikel 13 der  
285 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte setzen wir uns dafür ein, dass  
286 umweltinduzierte beziehungsweise klimabedingte Migration rechtzeitig, würdevoll, selbstbestimmt, sicher  
287 und vor allem legal ermöglicht wird – und dass den Betroffenen das Recht garantiert wird,  
288 innerhalb ihres Landes, in der Region und gegebenenfalls über die eigene Region  
289 hinaus umzusiedeln.

290 Die Umsetzung des Globalen Paktes für sichere, geordnete und reguläre Migration ist  
291 da ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Insgesamt müssen sich Deutschland und

## Europa

- 292 deutlich stärker engagieren – bilateral ebenso wie im Rahmen internationaler  
Kooperationen.
- 293 Unter anderem haben wir deshalb ein Konzept für ein modernes Einwanderungsrecht  
mit
- 294 Punktesystem vorgelegt und sprechen uns für eine vereinfachte, gegebenenfalls auch  
temporäre
- 295 Arbeitsmigration aus – grundlegend und im Kontext der Klimakrise.
- 296 Die internationale Staatengemeinschaft muss sich darauf einigen, wie sie mit dem  
erwartbaren
- 297 Verlust ganzer Staatsgebiete umzugehen gedenkt. Wir machen uns dafür stark, dass  
298 entsprechende Debatten und Verhandlungen mit deutlich mehr Nachdruck geführt  
werden als
- 299 bislang. Natürlich wird es auch hier darauf ankommen, eine frühzeitige und  
selbstbestimmte
- 300 Umsiedlung zu ermöglichen. Aber es geht um viel mehr. Wenn absehbar ist, dass  
beispielsweise
- 301 Inselstaaten im Pazifik vollständig verschwinden, müssen wir dringend festlegen,  
welche
- 302 Konsequenzen daraus für die Gewässerhoheit entstehen, insbesondere aber, ob die  
bisherigen
- 303 Bewohner\*innen automatisch auch ihre Staatsangehörigkeit verlieren – und welche  
304 völkerrechtlichen Folgen das für sie und ihren Schutzanspruch mit sich bringt. Für uns  
hat
- 305 es dabei oberste Priorität, dafür Sorge zu tragen, dass Staatenlosigkeit de facto und de  
306 jure verhindert wird.
- 307 Vor diesem Hintergrund wollen wir auch die Idee eines Klimapasses auf nationaler,  
308 europäischer und internationaler Ebene vorantreiben, dessen individueller Ansatz den  
309 Betroffenen ermöglicht, selbstbestimmt über ihre Migration zu entscheiden. Konkret  
böte der
- 310 Klimapass von der Erderwärmung existenziell bedrohten Personen die Option, Zugang  
zu Schutz
- 311 und letztlich staatsbürgergleichen Rechten in weitgehend sicheren Ländern zu erlangen  
– in
- 312 der Region, in Europa und weltweit. In einer ersten Phase sollte der Klimapass den  
313 Bevölkerungen kleiner Inselstaaten, deren Staatsgebiet durch den Klimawandel  
unbewohnbar
- 314 werden wird, angeboten werden – um ihnen eine frühzeitige Umsiedlung in Würde zu  
ermöglichen
- 315 und dem Verlust grundlegender Rechte vorzubeugen. Als Aufnahmeländer stehen  
insbesondere
- 316 Staaten mit historisch oder gegenwärtig hohen Treibhausgasemissionen und somit  
großem Anteil
- 317 an der Erderwärmung in der Verantwortung.
- 318 Regionale Lösungsansätze müssen gestärkt sowie technisch und finanziell unterstützt  
werden,
- 319 bis hin zu lokalen Vereinbarungen über Mobilität und Rechtsschutz von  
Saisonarbeiter\*innen,
- 320 Nomad\*innen oder Viehtreiber\*innen. Da es häufig Frauen und Kinder sowie Alte sind,  
die in

321 sozioökonomisch unterversorgten Regionen zurückbleiben, sollten sich auch  
322 Deutschland und  
323 die Europäische Union im Rahmen ihrer Programme zur Stärkung von Anpassung und  
324 Resilienz  
325 gezielt für alternative Einkommensmöglichkeiten und entsprechende  
326 Fortbildungsmaßnahmen  
327 stark machen.

328 **Klimabedingte Flucht: Versorgung sicherstellen, Schutzlücken schließen**

329 Schon heute trägt die Klimakrise dazu bei, dass die Konkurrenz um knappe Ressourcen  
330 zunimmt,  
331 bestehende Konflikte befeuert oder neue ausgelöst werden. Dadurch können  
332 Situationen  
333 entstehen, die einer Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen  
334 – und  
335 damit internationales Asylrecht begründen.

336 Zugleich nehmen Naturkatastrophen wie Fluten und Stürme in Intensität, Ausmaß und  
337 Häufigkeit  
338 zu – auch infolge der Klimakrise. Der Zusammenhang zu Erderwärmung und Klimakrise  
339 ist  
340 komplex, aber wissenschaftlich anerkannt. Menschen aber, die vor plötzlichen  
341 Extremwetterereignissen fliehen, sei es nun temporär oder dauerhaft, fallen bislang in  
342 eine  
343 völkerrechtliche Schutzlücke. Insgesamt fällt im Kontext der Klimakrise nur ein Bruchteil  
344 der Fluchtbewegungen unter den etablierten Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention.  
345 Das  
346 entsprechende Vakuum müssen wir dringend auf anderem Wege füllen.

347 Mit Blick auf die Situation von Binnenvertriebenen machen wir uns vor diesem  
348 Hintergrund für  
349 die konsequente Umsetzung der UN-Leitlinien betreffend Binnenvertreibung (Guiding  
350 Principles  
351 on Internal Displacement) stark, die ausdrücklich auch Fälle von „natürlichen oder vom  
352 Menschen verursachten Katastrophen“ und damit auch Extremwetterereignisse  
353 abdecken – und die  
354 Betroffenen explizit „vor der zwangsweisen Rückführung an einen Ort oder  
355 Neuansiedlung an  
356 einem Ort“ schützen, „an dem ihr Leben, ihre Sicherheit, ihre Freiheit und/oder ihre  
357 Gesundheit gefährdet wären“.

358 Insgesamt entfalten aktuell regionale flüchtlingspolitische Ansätze die größte, wenn  
359 auch  
360 weiterhin begrenzte Schutzwirkung auf Betroffene. Diese Ansätze wollen wir  
361 unterstützen,  
362 darauf wollen wir aufbauen. Die Afrikanische Flüchtlingskonvention beispielsweise sieht  
363 Flüchtlingsschutz auch nach Ereignissen vor, die eine „erhebliche Störung der  
364 öffentlichen  
365 Ordnung“ mit sich bringen. Auch die lateinamerikanische Cartagena Declaration  
366 erweist sich  
367 vom Wortlaut her auf Extremwetterereignisse anwendbar.

350 Insbesondere die von der Afrikanischen Union aufgelegte Kampala-Konvention aber  
351 betrachten  
352 wir als inspirierende Blaupause, da sie den Umgang mit Vertriebenen im Kontext der  
353 Klimakrise aufgreift sowie Rechte und Garantien zugunsten von Binnengeflüchteten  
354 festschreibt. Die mangelhafte Ratifizierung der Kampala-Konvention ist ein Missstand,  
355 den  
356 nicht zuletzt Deutschland in seinen Beziehungen zu den Mitgliedstaaten der  
357 Afrikanischen  
358 Union stets thematisieren sollte.

359 Vereinzelt geäußerten Vorschlägen, die Genfer Flüchtlingskonvention als solche zwecks  
360 Überarbeitung zu öffnen, stellen wir uns gemeinsam mit zahlreichen  
361 flüchtlingspolitischen  
362 Institutionen und Initiativen entgegen. Der Erarbeitung eines gesonderten Protokolls  
363 wiederum stehen wir nicht prinzipiell ablehnend gegenüber, erachten die Chance einer  
364 zeitnahen Einigung angesichts komplexer Definitions- und Umsetzungsfragen allerdings  
365 als  
366 äußerst gering.

367 Für die adäquate humanitäre Unterstützung auch von Katastrophenvertriebenen wollen  
368 wir die  
369 internationale humanitäre Hilfe erhöhen und deren schnelle Koordinierung  
370 gewährleisten. Wir  
371 setzen uns für eine frühzeitige Übergangshilfe und einen schnellen Wiederaufbau vor  
372 Ort ein,  
373 damit Dörfer und Städte, damit Infrastruktur insgesamt rasch und entlang lokaler  
374 Schwerpunktsetzung wieder aufgebaut werden können.

375 Katastrophenvertriebene brauchen eine existenzsichernde Unterstützung, um ihnen die  
376 Chance  
377 auf einen würdevollen Neuanfang zu geben. Das Gleiche gilt für Rückkehrer\*innen. Wir  
378 schlagen vor, die notwendigen Mittel über den globalen Verursacherfonds zu  
379 generieren.

380 Beispiele wie Uganda, wo Geflüchteten der Zugang zu Ackerland ermöglicht wurde,  
381 zeigen  
382 eindrucklich, wie wenig es bisweilen braucht, um das Ankommen zu erleichtern – und  
383 letztlich  
384 auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der aufnehmenden Region spürbar zu  
385 fördern.

386 Zusätzlich wollen wir gemäß den Empfehlungen des Globalen Paktes für sichere,  
387 geordnete und  
388 reguläre Migration die Kategorie des [subsidiären Schutzes](#) im Rahmen der EU-  
389 Anerkennungsrichtlinie (2011/95/EU) auf Katastrophenvertriebene ausweiten. Zugleich  
390 wird es  
391 nationale Lösungen benötigen. Unter anderem wollen wir deshalb die  
392 Familienzusammenführung  
393 wieder stärken und die im Schengen-Kodex vorgesehene Möglichkeit humanitärer Visa  
394 konsequenter nutzen – was letztlich auch den Betroffenen klimabedingter Flucht  
395 zugutekommen  
396 könnte. Grundsätzlich wollen wir großzügige und verlässliche Aufnahmekontingente  
397 über das  
398 Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)

ermöglichen:

381 Deutschland und die anderen EU-Staaten sollten ihren Anteil an dem jährlichen, vom  
UNHCR  
382 ermittelten Resettlement-Bedarf entsprechend ihrer Wirtschaftskraft erfüllen.

383 **Klimapolitik: international, feministisch, intersektional**

384 Gerade Frauen und Mädchen leiden überdurchschnittlich unter den klimatischen  
Veränderungen.

385 Sie stehen nicht nur größeren Risiken und Hürden entgegen, sondern werden vielfach  
auch

386 durch gesellschaftlich-kulturelle Normen und Rollenbilder strukturell benachteiligt. Sie  
387 haben häufig einen ungleichen Zugang zu Ressourcen wie Zeit und Geld, zu Bildung  
und

388 gesundheitlicher Versorgung, zu Beschäftigungsmöglichkeiten und Landrechten.  
Darunter leiden

389 Resilienz ebenso wie Anpassungsfähigkeit – ein Zustand, der im Zusammenhang der  
Klimakrise

390 umso benachteiligender wirkt und konkrete Menschenrechtsverletzungen zur Folge hat.

391 Ähnliches gilt für Minderheiten und marginalisierte Gruppen. Im brasilianischen  
392 Amazonasgebiet beispielsweise leben fast 400 indigene Völker, die auf das intakte  
Ökosystem

393 ökonomisch und kulturell angewiesen sind. Schätzungen zufolge sind bereits 150  
Millionen

394 Indigene von den Folgen des Klimawandels betroffen. Sehr häufig leben sie in sensiblen

395 Ökosystemen wie kleinen Inselstaaten oder Atollen im Pazifik, in tropischen  
Regenwäldern, in

396 arktischen Regionen, im Hochland der Anden und des Himalaya oder in den  
Wüstengebieten

397 Afrikas; in Lebenswelten also, die stärker und unmittelbarer von der Klimakrise  
betroffen

398 sind als andere.

399 Unsere Klimapolitik ist deshalb nicht nur internationalistisch, sondern zugleich  
400 feministisch und intersektional. Sie fasst die besondere Situation von Frauen und  
Mädchen,

401 zugleich aber auch die Belange marginalisierter Gruppen ins Auge und nutzt die  
herausragende

402 Rolle all dieser Akteur\*innen. Gerade weil Frauen und marginalisierte Gruppen auf  
besondere

403 Weise von der Klimakrise betroffen sind, kommt ihnen eine Schlüsselfunktion in der  
404 Bewältigung zu. Im Umkehrschluss heißt das: Klimaschutz und  
Klimaanpassungsmaßnahmen sind

405 stets auch Gelegenheit, bestehende Strukturen der Ungleichheit – bezogen auf die  
Verteilung

406 von Macht und Ressourcen, zum Beispiel – aufzubrechen und damit mehr Gerechtigkeit,

407 gleichwertige Lebensverhältnisse und Gleichberechtigung zu schaffen.

408 Unser prioritäres Ziel ist es, neben der eigentlichen Eindämmung der Klimakrise deren  
409 humanitäre Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Für uns leitet sich aus dem

- 410 Verursacherprinzip konkrete, globale Verantwortung ab. Ambitionierter Klimaschutz, die  
411 Steigerung von Resilienz sowie ein vorausschauendes, am Menschen und seinen  
Bedürfnissen  
412 orientiertes Handeln sind dabei nicht nur Ausdruck von Klimagerechtigkeit, sondern  
ebenso  
413 Voraussetzung einer weltweiten Friedensdividende. Auch in unserer Klimapolitik stellen  
wir  
414 deshalb den Menschen in all seiner Würde und mit all seinen Rechten in den  
Mittelpunkt. Der  
415 stete Blick auf das Wissen und die Belange der besonders verletzlichen Menschen und  
416 marginalisierte Gruppen ist bei alledem kein beliebiger, sondern der Schlüssel  
schlechthin,  
417 um nachhaltige und friedliche Strukturen in Zeiten der Klimakrise zu festigen.
- 418 Wir sind überzeugt: Eine gleichberechtigte, gendergerechte Gesellschaft hat bessere  
419 Aussichten, ihre Umwelt zu schützen und die Klimakrise zu überwinden. Die Klimakrise  
ist  
420 nicht genderneutral; unsere Gegenmaßnahmen dürfen es auch nicht sein.